

Globalisierungskritik neu denken

Positionspapier Attac Deutschland,
beschlossen auf dem Herbststratschlag in Hannover
am 28.10.2023



Inhaltsverzeichnis

Prolog	4
Globalisierung heute	4
Immer mehr wird zur Ware	4
Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne Staaten den Aufstieg schaffen	5
Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu	6
Die Gewalt der Globalisierung.....	7
Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten.....	7
Die Krise der neoliberalen Globalisierung	7
Abkehr vom Neoliberalismus?	8
Eine andere Globalisierung ist möglich	8
Themenfelder	9
1. Internationale Finanzmärkte regulieren – Steuergerechtigkeit durchsetzen!	9
1.1 Was ist das Problem?	9
1.2 Was will Attac?.....	10
1.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	10
Finanzmärkte regulieren.....	10
Steuergerechtigkeit herstellen.....	11
Kredite für soziale und ökologische Projekte	11
Schulden streichen	11
International handeln	11
2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal	11
2.1 Was ist das Problem?	12
2.2 Was will Attac?.....	13
2.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	14
3. Gegen Privatisierung – das Öffentliche stärken!	14
3.1 Was ist das Problem?	14
3.2 Was will Attac?.....	15
3.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	15
Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben	15
Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden und rückgängig machen	15
Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten	16
Die Deutsche Bahn demokratisieren, nicht privatisieren	16
Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst.....	16
Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern	16
4. Krieg und Militarisierung	16
4.1 Was ist das Problem?	17
4.2 Was will Attac?.....	17
4.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	18
Zivile Konfliktlösung.....	18
Mit Globalisierungskritik Kriegen vorbeugen	18
Bewegungen weltweit stärken	18
Globale Abrüstung.....	18
5. Soziale Sicherheit für alle	18
5.1 Was ist das Problem?.....	19

5.2 Was will Attac?.....	19
5.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	20
Solidarische Bürgerversicherung	20
Soziale Grundsicherung, gesellschaftliche Teilhabe.....	20
Radikale Arbeitsumverteilung.....	20
Daseinsvorsorge nicht privatisieren.....	20
Solidarische Städte	20
6. Flucht/Migration	21
6.1 Was ist das Problem?.....	21
6.2 Was will Attac?.....	22
6.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	22
7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.....	22
7.1 Was ist das Problem?.....	22
7.2 Was will Attac?.....	23
7.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	23
Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik	23
Anders wirtschaften und konsumieren.....	23
Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.	23
Böden schützen – Landschaften erhalten.....	23
Klimafreundliche Mobilität für alle.....	24
8. Demokratie	24
8.1 Was ist das Problem?.....	24
8.2 Was will Attac?.....	25
8.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	25
9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus	26
9.1 Was ist das Problem?.....	26
9.2 Was will Attac?.....	27
9.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?.....	27
Epilog: Eine andere Welt ist nötig und möglich	28

Prolog

Wir, Mensch und Natur, befinden uns in einer vielfachen, vom Menschen verursachten Krise. Ob drohender Klimakollaps und fortschreitende Naturzerstörung, weltweit wachsende soziale Ungleichheit, Finanz- und Wirtschaftskrisen, Pandemien, das Erstarken rechter Ideologien, kriegerische Auseinandersetzungen auf nationaler und internationaler Ebene: Wir leben in Zeiten großer Unsicherheit durch vielfältig miteinander verwobene Krisen. Menschen, die am wenigsten zu den Krisen beigetragen haben, sind oft am stärksten von ihnen betroffen und besitzen am wenigsten Mittel, um sich vor ihren Folgen schützen zu können. Sie müssen um ihre Existenz bangen, in Teilen der Welt sind sie längst all ihrer Lebensgrundlagen beraubt und auf der Flucht.

Wir sind mit dem Resultat einer profitgetriebenen, kapitalistischen Globalisierung konfrontiert, die die Zerstörung der Welt billigend in Kauf nimmt.

Doch es gibt auch das Andere. Menschen, die nach dem guten Leben für alle streben, die der neoliberalen Globalisierung eine Globalisierung von unten entgegensetzen. Sie findet ihren Ausdruck in friedlichem und solidarischem Handeln und der nationalen und internationalen Vernetzung sozialer Bewegungen, der Klimagerechtigkeitsbewegung, den Bewegungen für gerechten Welthandel und für Ernährungssouveränität, antikapitalistischen Bewegungen, Menschenrechtsaktivist*innen, queer-feministischen Bewegungen und vielen anderen. Gemeinsam sind wir widerständig und setzen angeblich alternativlosen Wirtschafts- und Lebensweisen konkrete Alternativen entgegen.

Globalisierung heute

Die Welt ist heute global vernetzt: Die Produktion von Waren und Dienstleistungen ist weltumspannend organisiert, die Digitalisierung hat die Infrastruktur dafür geschaffen und gleichzeitig die Möglichkeiten zum kulturellen Austausch vervielfacht. Doch die bisherige Globalisierung geschieht auf Kosten von Mensch und Umwelt. Produktions- und Lieferketten werden auf Profit optimiert, statt jedem Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Raubbau zerstört die Natur. Statt demokratischer Selbstbestimmung globalisiert sich das Gefühl der Ohnmacht gegenüber ökonomischen Zwängen und transnationalen Konzernen.

Der bedingungslose Vorrang für den Profit hat global wie in den einzelnen Ländern zu einer schwindelerregenden, obszönen Ungleichheit geführt. Extreme Armut, Hunger und vermeidbare Krankheiten sind immer noch weit verbreitet. Und nicht nur die soziale, auch die Geschlechterungleichheit ist elementarer Bestandteil der bisherigen Globalisierung, gar eine ihrer Voraussetzungen. Konzerne, Organisationen und Staaten greifen auf eine lange Tradition männlich dominierter Gesellschaften zurück, die FLINTA*s (*Frauen, Lesben, intersexuelle Menschen, nicht-binäre Menschen, trans Menschen, agender Menschen*) weiterhin benachteiligen und diskriminieren. Mit der Globalisierung verbreitet sich Naturzerstörung über den gesamten Planeten. Gleichzeitig werden die ökologischen Folgen des Strebens nach grenzenlosem Wachstum, das auf einem begrenzten Planeten schlicht nicht möglich ist, ignoriert. Wirtschaftskrisen, Kriege und Naturkatastrophen häufen sich zu multiplen Krisen der Globalisierung.

Immer mehr wird zur Ware

Mit der neoliberalen Globalisierung hat sich der Kapitalismus weltweit als dominante Wirtschaftsweise durchgesetzt. Die Konkurrenz um Rohstoffe, billige Arbeit und Absatzmärkte treibt ihn an. Profitmaximierung ist das Ziel. Staaten versuchen, in der globalen Konkurrenz ihre Macht auszuweiten, um die Interessen „ihrer“ Unternehmen durchzusetzen. Konzerne versuchen, ihre Marktmacht zu sichern und zu erweitern. Staaten machen es zu ihrem ureigensten Anliegen, die Chancen „ihrer“

Unternehmen im internationalen Wettbewerb zu verbessern: Löhne werden gedrückt und Arbeitsbedingungen verschlechtert, öffentliche Dienstleistungen privatisiert, Rohstoffe ausgebeutet und zum Beispiel mittels Freihandelsabkommen, offene Märkte hergestellt.

Das Versprechen der neoliberalen Globalisierung lautet: Je mehr Markt es gibt und je mehr sich die Staaten lediglich um die Rahmenbedingungen wie ein günstiges Investitionsklima kümmern, desto rationaler und effizienter funktioniert die Wirtschaft und desto höher ist der allgemeine Wohlstand. Faktisch schwächt diese Politik jedoch alle gesellschaftlichen Bereiche, die nicht unmittelbar Profit bringen, wie öffentliche Dienstleistungen, und insbesondere die Einrichtungen, die die gesellschaftlich Schwächeren vor den Zugriffen der Besitzenden schützen. Die Interessen der Unternehmen dominieren das staatliche Handeln.

Neoliberalismus als Wirtschaftssystem bedeutet: Es sollen nicht nur Konsumgüter auf Märkten gehandelt werden, sondern auch Gesundheit, Bildung, das Recht, die Umwelt zu zerstören und vieles mehr. Die Digitalisierung heizt die Globalisierung weiter an. Sie ermöglicht Kommunikation in Echtzeit und eine immer weitere globale Arbeitsteilung. Sie hat dazu beigetragen, dass sich eine Plattformökonomie herausgebildet hat, durch die Konzerne, die über die Kommunikations- und Vertriebsplattformen verfügen, immer besser in der Lage sind, ihre wirtschaftlichen Interessen durchzusetzen. Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz wird in den nächsten Jahren die Arbeitswelt nachhaltig verändern und zu weiteren Rationalisierungen führen.

Das Nachsehen hat die überwiegende Zahl der abhängig Beschäftigten und kleinen Selbstständigen. Für viele verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und ihre Rechte werden beschnitten, während nur kleine Teile der Erwerbstätigen von der Entwicklung profitieren. Ausgaben- und Leistungskürzungen des Staates bedeuten zum Beispiel, dass für viele Betreuungs- und Gesundheitsdienstleistungen oder Bildungsangebote selbst bezahlt werden muss. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. FLINTA*s sind von den staatlichen Ausgabenkürzungen mehr betroffen als Männer, da die traditionell schlecht oder gar nicht bezahlte Betreuung, Fürsorge und Pflege vornehmlich von ihnen geleistet wird. Der Staat verlässt sich darauf, dass weiblich gelesene Personen durch unbezahlte Arbeit fehlende öffentliche Dienstleistungen ersetzen.

Diese neoliberale Politik wird als alternativlos dargestellt. Der Markt bestimmt das Handeln der Politik – in demokratisch verfassten sowie in staatskapitalistischen Staaten und Staaten mit autokratisch-feudalen Strukturen. Märkte sind die zentralen gesellschaftlichen Räume, in denen sich die Menschen aufeinander beziehen. Jeder Fleck der Erde soll einbezogen werden, keine Gesellschaft und kein gesellschaftlicher Bereich außen vor bleiben: Die ganze Welt soll zur Ware werden – bis hin zum Körper beispielsweise über die Ausdehnung von Sextourismus, Menschen- und Organhandel.

Nord und Süd: Koloniale Abhängigkeiten werden fortgeführt, auch wenn einzelne Staaten den Aufstieg schaffen

Die Spaltung der Welt in Globalen Norden und Globalen Süden wird durch die neoliberale Globalisierung fortgesetzt. Unter Globaler Süden fassen wir alle Menschen, die im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Positionen haben. Sie leben überwiegend, aber nicht nur, in den arm gemachten Ländern des Südens, sondern auch unter prekären Lebensbedingungen in den industrialisierten Ländern des Nordens. Globaler Norden hingegen bestimmt eine mit Vorteilen bedachte Position und umfasst damit beispielsweise auch die Mächtigen und Reichen in den arm gemachten Ländern des Südens. Daran hat auch der Aufstieg Chinas zu einem zentralen ökonomischen Akteur nichts Wesentliches geändert. China reiht sich ein in die Reihe mächtiger kapitalistischen Staaten, die andere Gesellschaften ausbeuten. Das neoliberale Freihandels- und Investitionsschutzregime hat koloniale Abhängigkeiten in neokoloniale transferiert. Den meisten arm

gemachten Ländern des Südens wurde diese Wirtschaftsweise aufgezwungen – von dem Internationalen Währungsfonds und der Weltbank im Rahmen der Schuldenkrise, über die WTO (*World Trade Organisation*), die beispielsweise die Freigabe von Patenten verhindert, und über bilaterale Handels- und Investitionsschutzabkommen. Profitinteressen werden auf Kosten von Demokratie, Umwelt und Menschenrechten durchgesetzt. Westliche Konzerne nutzen die niedrigen Löhne und Umweltauflagen in Asien und auf anderen Kontinenten. Inzwischen sind chinesische Konzerne ihnen darin nachgefolgt. Die Länder des Globalen Südens sind in die Lieferketten integriert als Rohstofflieferanten, billige Werkbänke und Lieferanten günstiger Arbeitskraft.

Sowohl die Großmächte USA und China als auch die Europäische Union sichern den Prozess der Durchsetzung des globalen Kapitalismus politisch ab, unter anderem über internationale Organisationen und Verträge, aber auch über die Förderung von Direktinvestitionen. Gleichzeitig konkurrieren sie um die Vorherrschaft auf den internationalen Märkten und um den Zugriff auf natürliche Ressourcen. Auch die übrigen BRICS-Staaten versuchen, ihre wirtschaftliche und politische Macht zu vergrößern. Dagegen verlieren globale Institutionen zunehmend an Einfluss. Rechtspopulistische, nationalistische Politik wie „Amerika First“ wird immer dominanter. Eine multipolare Welt auf Grundlage des Völkerrechts gerät auf's Abstellgleis.

Während die USA und die Staaten in der EU stärker neoliberal verfasst sind und ihre Wirtschaftspolitik vor allem darauf ausrichten, die Rahmenbedingungen für „ihre“ Unternehmen zu verbessern, greifen staatskapitalistische Staaten wie China stärker direkt in die Wirtschaft ein. Dabei handelt es sich allerdings nicht um eine Konkurrenz der Systeme, sondern um eine Konkurrenz im System des globalen Kapitalismus. Eine Konkurrenz, in der die unipolare Dominanz und Vorherrschaft der USA jedoch immer deutlicher unter Druck gerät. China positioniert sich vor allem in den arm gemachten Ländern des Südens als politische Alternative und Gegenmacht, zum Beispiel durch Gründung der Asiatischen Infrastrukturinvestment Bank (AIIB) 2015 als Konkurrenz zur Weltbank und zum IWF, die vom Westen dominiert werden.

Den armen Ländern des geographischen Südens fehlen vor allem durch das Freihandelsregime die politischen Instrumente, die eine eigenständige ökonomische Entwicklung ermöglichen könnten. Zumal vielen dieser Ländern nicht zuletzt von der EU die Öffnung ihrer eigenen Märkte aufgezwungen wurde, während der Norden seine Märkte nur öffnet, wenn es seinen Interessen entspricht. In vielen Ländern ist die wirtschaftliche Situation deshalb so aussichtslos, dass Menschen zu Flucht und Migration gezwungen sind.

Soziale Ungleichheit nimmt auch innerhalb der einzelnen Gesellschaften zu

Gleichzeitig hat sich die Ungleichheit auch innerhalb der nationalen Gesellschaften vertieft. Es gibt diejenigen, die zu wenig zum Leben haben, und diejenigen, die über riesige Vermögen verfügen. Das Versprechen gleicher Chancen für alle Menschen hat sich als neoliberale Lüge herausgestellt. Menschen werden in soziale Verhältnisse hineingeboren und verfügen damit über unterschiedliche Zugänge zu ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Sie haben ein Geschlecht, eine Hautfarbe und einen Pass. All dies beeinflusst sehr wesentlich den Platz, den sie in der Hierarchie der globalen Gesellschaft einnehmen. Kapital darf sich frei bewegen, Menschen nicht. Viele sehen sich gezwungen, prekäre Arbeiten anzunehmen, sei es in den Weltmarktfabriken oder als Care-Arbeiterinnen in den Städten reicher Länder. Die Globalisierung bietet Menschen, die zuvor wegen ihres Geschlechts oder aus anderen diskriminierenden Gründen kaum Zugang zu ausreichend bezahlter Erwerbsarbeit fanden, neue Chancen. Da Globalisierung die Möglichkeiten der Subsistenzproduktion einschränkt, schafft sie jedoch auch neue Abhängigkeiten.

Die globalen Finanzmärkte sind in den letzten Jahrzehnten immer weiter aufgebläht worden, um Anlagemöglichkeiten für immer riesigere Vermögen zu schaffen. In Reaktion auf deren Krise wurde eine gigantische Umverteilung betrieben: Geld aus den öffentlichen Haushalten, also sowohl von den Steuerzahler*innen als auch von jenen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind, landete in großem Umfang in den Kassen von Finanzunternehmen und ihren superreichen Nutznießer*innen.

Die Gewalt der Globalisierung

Gerade für die arm gemachten Länder des Südens bedeutet Globalisierung Gewalt. Den aufgezwungenen „Strukturanpassungsprogrammen“ von IWF (*Internationaler Währungsfonds*) und Weltbank sind, insofern sie regelmäßig drastische Einsparungen bei den Gesundheits-, aber auch den Bildungssystemen vorsahen, unzählige Menschen zum Opfer gefallen. Dasselbe gilt angesichts des Patentschutzes etwa für AIDS-Medikamente und Corona-Impfstoffe.

Angesichts der immer stärker ausgeweiteten Handlungsfreiheit international tätiger Investor*innen und Unternehmen ist der Alltag in weiten Teilen der arm gemachten Länder geprägt von Landraub, Vertreibung, Verletzung der Menschenrechte Indigener und großflächiger Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen. Die darin verwickelten transnationalen Konzerne bleiben dabei straffrei. In vielen Staaten gibt es Kinderarbeit und Sklaverei. Jeglicher Arbeitsschutz wird verweigert. Die Verfolgung bis hin zur Ermordung von Gewerkschafter*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen sind an der Tagesordnung.

All dies ist heute integraler Bestandteil unserer inzwischen weltweit vernetzten Produktion. Für uns hier in den reichen Ländern bedeutet dies umgekehrt, dass unsere Gesellschaft, unser Leben mit diesen Gewaltverhältnissen aufs Engste verwoben ist. Das ist das Werk der neoliberalen Globalisierung.

Deren integrale geschlechtsspezifische Diskriminierung beinhaltet oft auch körperliche Gewalt und die Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts. Das zeigt sich beispielsweise durch Abtreibungsverbote, aber auch durch Femizide, also die Ermordung von weiblich gelesenen Personen als extremem Ausdruck patriarchaler Gewalt.

Die planetaren Grenzen sind in Sichtweite oder schon überschritten

Der Wachstumszwang führt dazu, dass die Grenzen der Natur immer mehr überschritten werden. Die Welt wird immer mehr zur Ware. Dadurch wird die Ausbeutung der Natur scheinbar legitimiert und ihre Zerstörung achselzuckend in Kauf genommen.

Vor über fünfzig Jahren wurden vom Club of Rome die „Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt. Sie ergeben sich aus der Endlichkeit nicht erneuerbarer Ressourcen und der nur begrenzten Belastbarkeit ökologischer, geologischer und klimatischer Kreisläufe. Die planetaren Grenzen des kapitalistischen Wachstums werden deutlich und sind durch den neoliberal angeheizten Raubbau an der Natur längst in Sichtweite und teilweise schon überschritten.

Die daraus resultierende Klimakatastrophe beginnt bereits jetzt Menschenleben zu fordern; unzählige drohen zu folgen. Zudem hat schon ein gigantisches Artensterben seinen Anfang genommen, das für den Menschen ähnlich große Auswirkungen haben kann.

Die Krise der neoliberalen Globalisierung

Attac wurde in der Hochphase der neoliberalen Globalisierung gegründet. Seither hat sich einiges verändert. China ist der Aufstieg von seiner Rolle als Werkbank zum mächtigen globalen Akteur gelungen, von dem andere Staaten abhängig sind. Konzerne, die über digitale Kommunikations- und Vertriebsplattformen verfügen, haben an Einfluss gewonnen und nehmen zentrale Positionen in den globalen Wertschöpfungsketten ein. Der Kapitalismus erscheint inzwischen in unterschiedlichen

Staatsformen. Neben neoliberalen, stärker demokratisch geprägten Varianten tritt er auch in Form staatskapitalistischer autoritärer Systeme auf.

Heute sind die Probleme der neoliberalen Globalisierung offensichtlich. Durch die wiederkehrenden Finanzkrisen hat die neoliberale Ideologie weiter an Glaubwürdigkeit verloren. Von der Klima-bewegung und den schieren klimabedingten Katastrophen unter Druck gesetzt, fällt inzwischen auch den ewigen Prediger*innen des „Freihandels“ auf, dass ihr neoliberaler Marktradikalismus eine wirksame Klimapolitik behindert. Es wird deutlich, wie stark die neoliberale Politik nicht nur die Krisen verschärft hat, sondern auch der Gesellschaft den demokratischen Handlungsspielraum nimmt, angemessen zu reagieren. Demokratie wird zugunsten von ökonomischen Interessen abgebaut, zum Beispiel durch Freihandelsabkommen. Entsprechend gilt auch: Extreme soziale Ungleichheit, wie sie durch die neoliberale Globalisierung gefördert und hervorgebracht wird, destabilisiert Demokratien, und tatsächlich sind praktisch alle Demokratien heute in einer Krise. Der Politik wird mit steigendem Misstrauen begegnet. Das ist gut, wenn es mit der Forderung nach Demokratisierung und solidarischen Lösungen verbunden ist, und verheerend, wenn es mit dem Ruf nach autoritären und rassistischen Lösungen einhergeht. Rechtspopulistische und rechtsextremistische Bewegungen nutzen die Krise, um ihre autoritäre Politik durchzusetzen.

Abkehr vom Neoliberalismus?

Es wird immer offensichtlicher, dass der Markt grundlegende wirtschaftliche und gesellschaftliche Probleme nicht lösen kann. Staatliche Interventionen, beispielsweise um soziale Auswirkungen abzumildern und Umweltschäden zu begrenzen, gewinnen an Bedeutung. Die Regierungen sehen sich hierzu gezwungen, um die Folgen zu reduzieren und auch um soziale Proteste einzuhegen.

Bei genauerem Hinsehen ist die Antwort auf die Krise der neoliberalen Globalisierung aber in erster Linie ein Weiter-so: Rohstoff- und Infrastrukturprojekte werden weiterhin bei uns und in den arm gemachten Ländern des Südens ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte durchgesetzt. Privatisierungen werden forciert und sogenannte moderne Freihandelsverträge abgeschlossen, die demokratische Kontrollmechanismen aushebeln. Staatlich gefördertes „grünes“ Wachstum und marktkonforme Anreize zur Steigerung der Nutzung erneuerbarer Energien werden als Lösung der Klimakrise propagiert, obwohl längst klar sein sollte, dass der profitorientierten Globalisierung planetare Grenzen gesetzt sind, die ein weiteres globales Wachstum untragbar machen.

Eine andere Globalisierung ist möglich

Eine soziale und ökologische Transformation macht eine Abwicklung der neoliberalen Wirtschaftsordnung nötig. Die Rückkehr zum abgeschotteten Nationalstaat ist keine Alternative. Es braucht internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Menschheitsprobleme wie Naturzerstörung, Menschenrechtsverletzung und Krieg.

Die zunehmende soziale Ungleichheit und fortschreitende Naturzerstörung führen dazu, dass die bestehenden Wirtschaftsweisen weltweit infrage gestellt werden. Eine demokratische und gerechte Globalisierung jenseits der kapitalistischen Profit- und Wachstumslogik ist nötig, um der Klimakrise zu begegnen und ein gutes Leben für alle zu ermöglichen.

Menschen streiten auch in Attac mit Protesten, Streiks und Aktionen zivilen Ungehorsams für einen gerechten Welthandel, für Klimagerechtigkeit und gleiche Rechte für alle. Sie wehren sich gegen koloniale Kontinuitäten, soziale Ungleichheit, Ausbeutung, Krieg und geschlechtsspezifische Unterdrückung. Attac ist ein Teil dieser Bewegungen und kämpft für globale soziale Rechte für alle statt Reichtum für wenige: für eine gerechte Globalisierung von unten.

Themenfelder

1. Internationale Finanzmärkte regulieren – Steuergerechtigkeit durchsetzen!

Die internationalen Finanzmärkte haben einen enormen Einfluss auf unser tägliches Leben, auch wenn wir dies nicht immer direkt wahrnehmen. Die strenge Regulierung dieser Märkte, ihre deutliche Schrumpfung und Maßnahmen gegen die ungleiche Vermögensverteilung sind zentrale Anliegen von Attac seit seiner Gründung.

1.1 Was ist das Problem?

Handel über die nationalen Grenzen hinweg ist schon immer davon begleitet, dass Geld auch international verrechnet, getauscht und als Kapital angelegt wird. Mit der wachsenden Bedeutung des transnationalen Handels wurde es immer wichtiger, diese Aktivitäten zu regeln. Bis in das letzte Viertel des 20. Jahrhunderts war dies vor allem Aufgabe der Staaten und internationaler Abkommen (Bretton Woods). Durch immer geringere Regulierung haben Staaten wenig Möglichkeiten, internationalen Finanzspekulationen entgegenzuwirken. Trotz Dotcom-Krise 2000, Finanzmarkt-krise 2007 und Eurokrise 2010 konnten die Profiteur*innen umfassende Regulierungen der Finanzmärkte verhindern.

Ab den 1980er Jahren wuchs mit der zunehmend ungleichen Reichtumsverteilung das Volumen an anlagensuchendem Kapital. In Deutschland haben politische Maßnahmen wie die Senkung des Spitzensteuersatzes, die Verschonung reicher Erben vor Steuerzahlungen und das Aussetzen der Vermögenssteuer diesen Trend befördert. Um das Kapital anzulocken, wurde die Kontrolle von grenzüberschreitenden Kapitaltransfers in vielen Ländern aufgehoben und Handelsbeschränkungen für Finanzanlagen abgebaut. Gleichzeitig entstanden immer neue spekulative Finanzanlagen. Währungen, Finanzanlagen sowie Unternehmensbeteiligungen und sogar Renten- und Sozialversicherungsfonds wurden immer mehr zu handelbaren Waren und Objekten der Spekulation. Die Folge: Krisenabstände verkürzten sich und Krisen wurden immer einschneidender. Die Auswirkungen der Krisen beschränken sich nicht auf den Finanzbereich, sondern betreffen auch die Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Sie stürzen ganze Ökonomien ins Chaos und verschärfen in den betroffenen Ländern die Armut und können Hungerkrisen auslösen.

Die Instabilität der globalen Finanzmärkte hält weiter an. Dazu tragen auch die Versuche neuer Finanzmarktakteur*innen bei, unter dem Schlagwort „dezentrale Finanzmärkte (DeFi)“ Kreditvergaben, Investitionen in Kryptowährungen und andere Finanztransaktionen abseits des Banken- und Börsensystems einzuführen. Darüber hinaus versuchen Kapitalmarktakteur*innen im Rahmen von „Grünen Investments“ neue Anlagemöglichkeiten durch Zugriff auf natürliche Ressourcen wie Wasser zu erschließen und diese zu privatisieren, verbunden mit der Risikoabsicherung durch staatliche Profitgarantien. Auch Renten- und Sozialsysteme sowie öffentliche Dienstleistungen sind in ihrem Fokus. Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, den sie nicht ihrer Profitlogik unterwerfen wollen.

Profite auf den Finanzmärkten kommen nur wenigen zugute, aber Rettungsaktionen für in Schwierigkeiten geratene Banken und Versicherungen müssen über Steuern von allen bezahlt werden. Globale Finanzmärkte gleichen heute einem Casino, in dem mit Aktien, Krediten, Wechselkursen und lebenswichtigen Gütern wie beispielsweise Weizen spekuliert wird.

Im Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus wird die gesamte Ökonomie in erheblichem Maß von den Interessen der Akteur*innen auf den Finanzmärkten bestimmt. Insbesondere dominieren große private Investmentgesellschaften (z.B. Blackrock, Allianz Global Investors Fund) und Staatsfonds (Norwegen, Saudi-Arabien) über ihre Anlagestrategien immer mehr die Investitionsentscheidungen der Wirtschaft.

Im Kontext der Corona-Pandemie und der Klimakrise hat sich die Verschuldungssituation in Ländern des Globalen Südens weiter verschärft. Auch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine heizt die weltweite Überschuldungsproblematik weiter an, auch durch Militärausgaben.

Viele Ländern sind kritisch verschuldet. Abgesehen von unzureichenden multilateralen und bilaterale Krisenfinanzierungen können Zahlungseinstellungen oft nur vermieden werden, weil die verschuldeten Staaten strikte Sparmaßnahmen und Haushaltskürzungen einleiten. Inmitten der Krise 2020 – 2022 kürzten fast 100 Niedrig- und Mitteleinkommensländer die öffentlichen Ausgaben im eigenen Land, Zukunftsinvestitionen, z.B. in Bildung und Infrastruktur, fielen weg. Damit wurden die Krisenkosten einseitig der Bevölkerung der Schuldnerstaaten aufgebürdet. Auch die Folgen der Klimakrise beeinflussen die Verschuldungssituation vieler Staaten im Globalen Süden dramatisch.

1.2 Was will Attac?

Geld und Geldderivate müssen den Börsen als Spekulationsobjekte entzogen werden. Geld muss den einfachen Austausch von Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und als Wertaufbewahrungsmittel dienen. Geld, auch in digitaler Form, als Zahlungsmittel zur Verfügung zu stellen, ist Aufgabe der Gesellschaft und darf nicht Privaten überlassen werden, die damit Profite machen wollen und Krisen produzieren.

Ein stabiles Geld- und Finanzsystem ist ein öffentliches Gut. Unregulierte Finanzbereiche, Schattenbanken, private Währungen oder ähnliches darf es deshalb nicht geben.

Auf dem Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation der Gesellschaft hat ein gerechtes, nachhaltiges und resilientes Steuersystem, das zu einer wirksamen Umverteilung führt, eine zentrale Bedeutung. Die extreme Vermögens- und Einkommensungleichheit muss reduziert werden. Dies erfordert eine transparente Gesetzgebung, die die Steuerlast weg von der Arbeit von niedrigen und mittleren Einkommen hin zu Vermögen, überdurchschnittlichem Verdienst und Kapitalerträgen verlagert.

Kredite sollen die Erstellung von Waren und Dienstleistungen ermöglichen, um menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Ihr primäres Ziel darf nicht die Gewinnerzielung sein und sie dürfen nicht dazu führen, dass einzelne Menschen oder sogar ganze Länder in die Abhängigkeit ihrer Gläubiger*innen fallen.

1.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?

Finanzmärkte regulieren

Die Finanzmärkte einschließlich der Wertpapier- und Derivatemärkte sowie Banken und anderer Finanzinstitutionen müssen drastisch geschrumpft werden, unter anderem durch das Verbot bestimmter Finanzanlagen, des computergenerierten Highspeedhandels und mit der Einführung einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Eine Finanztransaktionssteuer, die auf alle Formen des Handels mit Finanzpapieren abzielt und so neben dem Aktienhandel auch Anleihen und vor allem Derivate erfasst, würde einen spürbaren Beitrag zur gerechteren Besteuerung und zur Finanzierung des Gemeinwens leisten und hätte gleichzeitig wichtige Stabilisierungseffekte für die Wirtschaft. Sie könnte die schädlichen Entwicklungen auf den Finanzmärkten dämpfen und diese schrumpfen helfen. Sie würde

die Entschleunigung des Handels und die Rückführung des Handelsvolumens speziell von Derivaten bewirken. Die Einnahmen aus der Steuer sollen dazu dienen, Entwicklung zu ermöglichen und Armut zu bekämpfen und damit die Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen (Nachhaltigkeitsziele) umzusetzen.

Steuergerechtigkeit herstellen

Eine Reform des gesamten Steuersystems ist notwendig. Sofort umsetzbar wären eine stark progressive Besteuerung von Vermögen und Einkommen mit Erhöhung der Spitzensteuersätze, die Reform der Erbschaftsteuer, die Einführung der Finanztransaktionssteuer, die Reaktivierung der Vermögenssteuer sowie einer Abgabe auf sehr große Vermögen und vieles andere mehr.

Kredite für soziale und ökologische Projekte

Die Vergabe von Krediten soll sich danach orientieren, soziale und ökologische Produktion zu fördern. Schulden, Kapital, Geld und Kredite sollen dorthin gesteuert werden, wo sie nachhaltig den ökologischen Notwendigkeiten und den sozialen Bedürfnissen dienen.

Schulden streichen

Die bisherigen Maßnahmen der G20-Staaten – zum Beispiel ein Schuldenmoratorium für die ärmsten Länder – haben keine substantiellen Schuldenerlasse ermöglicht. Benötigt wird ein internationales, transparentes und faires Staateninsolvenzverfahren auf Ebene der Vereinten Nationen. Dabei ist darauf zu achten, dass die Entschuldungsmaßnahmen allen Menschen zugute kommen. Die Bundesregierung hat sich nominell zu dieser Forderung im aktuellen Koalitionsvertrag bekannt, aber es liegt an der Zivilgesellschaft, den nötigen Druck aufzubauen, um dies wirklich in Angriff zu nehmen.

International handeln

Unter anderem durch den Abschluss von Investitionsschutzabkommen wurde das internationale Recht in den letzten Jahrzehnten dahingehend umgestaltet, dass die Freiheit der Investor*innen praktisch nicht eingeschränkt werden kann. Um das wieder zu ändern, bedarf es konzertierten internationalen Handelns. Es soll auch über eine zumindest EU-weite Harmonisierung der Besteuerung von Unternehmen nachgedacht werden, um die Auslagerung von Unternehmen in Gebiete mit geringer Besteuerung zu verhindern und Steuerflucht zu bekämpfen. Das internationale Wirtschaftsrecht soll so umgestaltet werden, dass alle Shareholder von Unternehmen und Institutionen für die von ihnen verursachten gesundheitlichen, ökologischen und sozialen Schäden nicht nur in Höhe der jeweiligen Einlagen, sondern des gesamten privaten Vermögens haften.

2. Handelspolitik: Neoliberal, global, fatal

Die neoliberale Globalisierung hat die Welt an ihre ökologischen Grenzen gebracht. Produktion und Transport immer größerer Warenströme, die in immer kleinteiligeren Lieferketten unter Ausnutzen niedrigst möglicher sozialer und ökologischer Standards hergestellt werden, haben die Klimakatastrophe und den Verlust der Artenvielfalt vorangetrieben. Der Gegensatz von Reich und Arm wurde innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten verschärft. Der ökonomische Gegensatz zwischen reichen Industrieländern und rohstoffexportierenden armen Ländern hat sich – mit wenigen Ausnahmen – wieder verstärkt. Ein wichtiger Treiber der neoliberalen Globalisierung sind multi- und bilaterale Handelsabkommen, die auf völkerrechtlicher Ebene ein neoliberales Regelwerk etablieren.

2.1 Was ist das Problem?

Das neoliberale Handelssystem setzt auf Zurückdrängen von staatlicher Regulierung, Öffnung von Märkten, Liberalisierung von Kapitalflüssen und Dienstleistungen; es dynamisiert Wachstum um jeden Preis und schadet Mensch und Umwelt.

Eine zentrale Rolle bei der weltweiten Durchsetzung dieser Handelsregeln spielt die 1994 gegründete Welthandelsorganisation WTO. Im Interesse einflussreicher Industrienationen und global agierender Konzerne wurde ein neoliberales Handelsregime institutionalisiert, das für die Unterzeichnerstaaten völkerrechtliche Geltung hat. Mit ihren drei Kernabkommen GATT, GATS und TRIPS zielt die WTO im Wesentlichen auf Liberalisierung des Warenhandels durch Zollsenkungen (GATT), auf Marktöffnung und Liberalisierung auch von öffentlichen Dienstleistungen (GATS) sowie auf den Schutz von geistigem Eigentum (TRIPS).

Die Verpflichtung zu Marktzugang und Zollsenkungen beim Handel mit Gütern (GATT) schränkt insbesondere für arm gemachte Länder die Möglichkeiten ein, ihre Industrie und ihre Landwirtschaft vor der Konkurrenz globaler Konzerne zu schützen und wirft sie auf die Rolle von Rohstofflieferanten zurück. GATS (Handel mit Dienstleistungen) engt die staatliche Handlungsfähigkeit durch Beschränkung auf zulässige innerstaatliche Regulierungen ein. So dürfen in den liberalisierten Dienstleistungssektoren Gesetze und Verordnungen nur erlassen werden, wenn sie keine „unnötigen Hemmnisse für den Handel mit Dienstleistungen darstellen“ (GATS Art. VI, 4). Das heißt, staatliche Regulierungen im Interesse des Gemeinwohls treten hinter Vermarktungsinteressen zurück. Das TRIPS-Abkommen wiederum sichert die Profitinteressen von Konzernen, indem es zum Beispiel Patente auf Medikamente zwanzig Jahre lang vor billigeren Generika schützt und verhindert, dass Menschen mit notwendigen Medikamenten versorgt werden.

Ein machtvoll Instrument der WTO ist ihr Streitbeilegungsmechanismus zur Regelung zwischenstaatlicher Handelskonflikte. Alleinige Entscheidungsgrundlage für die Urteilsbildung ist das WTO-Handelsrecht. Menschenrechte, internationale Arbeitsnormen oder Umweltschutz stellen keine Entscheidungskategorien dar. Im Gegenteil: Nachhaltigkeitsziele können ganz im Interesse von Konzernen als Handelshemmnisse interpretiert werden.

Da die WTO nicht als Organ der Vereinten Nationen gegründet wurde, ist sie auch nicht an deren multilaterale Arbeits-, Umwelt-, Klima- und Menschenrechtsabkommen gebunden.

Die EU strebt seit 2006 verstärkt bilaterale Handelsabkommen an und geht damit sogar über die Liberalisierungsregeln der WTO hinaus. Von besonderer Bedeutung sind die Freihandelsabkommen der neuen Generation, auch "WTO-plus-Abkommen" genannt. Prototyp ist das CETA-Abkommen mit Kanada.

Abkommen dieses Typs integrieren die WTO-Bestimmungen und fügen weitere Elemente hinzu, die die staatliche Regulierungsrechte und parlamentarische Gesetzgebungshoheit einschränken:

- So sind in diesen Verträgen Ausschusssysteme („*Gemischte Ausschüsse*“/ *Joint Committees mit diversen Sonderausschüssen*) installiert, die im Interesse des fortlaufenden Abbaus von technischen, sozialen oder ökologischen Handelshemmnissen mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet sind. Zusammengesetzt aus Mitgliedern der EU-Kommission und der Regierung des jeweiligen Vertragslandes können die Ausschüsse bindende Beschlüsse fassen, ohne das EU-Parlament oder die Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten beteiligen zu müssen. Ihre Entscheidungsbefugnisse betreffen Fragen von erheblicher Tragweite, etwa zur Vertragsänderung, zur Regulierung des Finanzsektors oder zur Zulassung von Agrochemie.

- Ausländischen Investoren resp. transnationalen Konzernen werden Sonderklagerechte gegen Staaten eingeräumt. Im Wege von Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) können diese ihre Gaststaaten unter Umgehung von nationalem Recht vor einem sog. Investitionsgerichtssystem (ICS) auf Entschädigungszahlung verklagen, wenn sie ihre Gewinne durch schärfere Regulierungen beeinträchtigt sehen. Den umgekehrten Klageweg von Staaten oder Bürgern gegen Konzerne sieht diese Sonderjustiz nicht vor.

- Auch die Liberalisierungspflichten für öffentliche Dienste wie Wasser, Energie oder ÖPNV gehen in den EU-Handelsverträgen über das Niveau der WTO hinaus. Mit dem Verbot der Priorisierung lokalen Wirtschaftens oder dem Zugriff auf die öffentliche Beschaffung sind klima- und sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten wie die Förderung regionaler Wertschöpfungskreisläufe erheblich beschränkt.

Trotz der sich zuspitzenden ökologischen und sozialen Krisen enthält keiner der bislang ausverhandelten oder ratifizierten Freihandelsverträge der EU wirksame Mechanismen zur Durchsetzung von Menschenrechten, Arbeitsnormen oder Klimazielen. Der Handel mit klimaschädlichen Produkten wie fossilen Energien oder Autos ist dagegen sanktionsbewehrt durch zwischenstaatliche Streitbeilegungsmechanismen geschützt.

Nicht zuletzt fördern besagte Freihandelsabkommen neokolonialen Extraktivismus, bei dem die reichen Länder des Nordens Rohstoffe aus den arm gemachten Ländern des Südens ausbeuten. Auch „grüner Extraktivismus“ zur Rohstoffbeschaffung für die europäische Energiewende zählt dazu. Neokolonialer Extraktivismus zwingt Länder des globalen Südens in die Position von Rohstofflieferanten, was ihre eigene wirtschaftliche Entwicklung und Wertschöpfung behindert und mit verheerenden Folgen für die Umwelt, das Klima und Menschenrechte einhergeht.

2.2 Was will Attac?

Attac fordert eine Kehrtwende in der Handelspolitik und setzt sich ein für eine gerechte, ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung mit gleichberechtigter internationaler Zusammenarbeit und demokratischen Wirtschaftsstrukturen. Diese räumt den Interessen von Menschen und Gemeinschaften, den universellen und unteilbaren Menschenrechten, einer sozial gerechten Verteilung der Wertschöpfung, guten Arbeitsbedingungen und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen Vorrang vor Profitinteressen ein. Attac tritt für die konsequente Fortentwicklung der Lieferkettengesetzgebung ein.

- Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, das Pariser Klimaübereinkommen, die Arbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und die UN-Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals, SDGs*) müssen verbindliche und sanktionierbare Vorgaben der internationalen Handelspolitik sein. Entsprechend muss die WTO perspektivisch aufgelöst werden. Die internationalen Handelsregeln sind auf UN-Ebene auszuhandeln und zu beschließen.

- Handelsabkommen, die staatliche Regulierungsrechte gegenüber der Wirtschaft beschränken und die Gesetzgebungshoheit von Parlamenten aushebeln, dürfen nicht mehr abgeschlossen werden. Bestehende Verträge dieser Art sind neu zu verhandeln oder zu kündigen. Sonderklagerechte für Konzerne und ausländische Investoren gegen Staaten müssen abgeschafft werden.

- Die Ausweitung des Welthandels mit energieintensiven Transportwegen muss zurückgefahren werden und regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden. Dies gilt insbesondere für den Anbau und die Verarbeitung von Lebensmitteln. Wir sind für eine regionale Landwirtschaft, die Förderung kleiner und mittlerer Höfe und gegen eine Agrarindustrie.

- Das internationale politische System, das Völkerrecht, das internationale Handels- und Steuerrecht und der Umgang mit den internationalen globalen Regionen außerhalb nationaler Territorien (Arktis, Antarktis, Ozeane) muss unter Einbeziehung aller in den UN vertretenen Nationen weiterentwickelt werden, um für die bevorstehenden ökologischen und klimatischen Veränderungen demokratische und sozial verträgliche politische Lösungen zu finden. Dazu gehört auch die Unterwerfung aller UN-Mitgliedsstaaten sowie international agierender Konzern und Institutionen unter die Gerichtsbarkeit internationaler demokratisch konstituierter Gerichtshöfe.

2.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?

- Wir kämpfen für die Abwehr neoliberaler Freihandelsabkommen der EU und suchen das Bündnis mit Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, der Klimabewegung und Gewerkschaften.

- Wir setzen uns ein für einen verbindlichen UN-Vertrag für menschenrechtliche Pflichten von Unternehmen (*Binding Treaty*) und fordern die Bundesregierung auf, aktiv für ein offizielles EU-Verhandlungsmandat zu einem verbindlichen UN-Abkommen einzutreten.

- Zugleich engagieren wir uns für ein wirksames EU-Lieferkettengesetz, das Unternehmen dazu verpflichtet, Menschen, Klima und Umwelt entlang ihrer gesamten Lieferkette zu schützen.

3. Gegen Privatisierung – das Öffentliche stärken!

„Privat vor Staat“ ist eine der zentralen Botschaften neoliberaler Politik. Nur Reiche können sich einen Staat ohne soziale Leistungen und mit einer schlechten öffentlichen Infrastruktur leisten. Ein gutes Leben für alle braucht eine gesellschaftlich organisierte, gut funktionierende und allen zugängliche öffentliche Infrastruktur.

3.1 Was ist das Problem?

Ein wesentliches Element der neoliberalen Phase des Kapitalismus ist die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der Verkauf öffentlichen Vermögens. Wohnungen wurden teilweise zu Spottpreisen an Investor*innen verkauft, ebenso wie Stadtwerke, Krankenhäuser und Verkehrsunternehmen. Die Bahn wurde inklusive Schienennetz in ein privatrechtliches Unternehmen in öffentlicher Hand umgewandelt. Bei sogenannten Public-Private-Partnerships (PPPs) geht die öffentliche Hand in unterschiedlichen Formen langfristige wirtschaftliche Beziehungen mit Privatunternehmen ein, um öffentliche Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann in Form der Beteiligung von privaten Unternehmen an öffentlichen Unternehmen sein, in Form von langfristigen Verträgen, bei denen Private öffentliche Gebäude oder Infrastruktur errichten und diese an staatliche Einrichtungen „vermieten“ oder in Form einer kompletten Übertragung öffentlicher Aufgaben an Private. PPPs können als Teilprivatisierung gesehen werden, sind aber vor allem deshalb problematisch, weil sie Privaten langfristige Profite bei der Erstellung von öffentlichen Dienstleistungen auf Kosten der Bürger*innen garantieren.

Auch vor den Sozialversicherungssystemen hat der Privatisierungswahn nicht Halt gemacht. In manchen Ländern wurden sie komplett privatisiert. In Deutschland wurden Elemente kapitalgedeckter Systeme in das umlagefinanzierte System eingefügt.

Begründet wurden die Privatisierungen mit der Ineffizienz der öffentlichen Dienste und der Notwendigkeit, über Verkäufe öffentlichen Vermögens Staatsschulden abzubauen. Tatsächlich ging es darum, Anlagemöglichkeiten für Vermögende, Versicherungen, Banken sowie Pensions- und Staatsfonds zu schaffen, die gute und abgesicherte Renditen garantieren.

Politisch verkauft wurden die Privatisierungen mit dem Versprechen, die Dienstleistungen würden billiger und besser werden. Eine weitere Begründung war der Abbau der Staatsverschuldung und eine Verringerung der Schuldenlast für die öffentliche Hand. Statt zu besseren und billigeren Dienstleistungen kam es oft zu Verteuerungen und Leistungsabbau. Gelohnt haben sich Privatisierungen vor allem für Kapitalanleger*innen. Aus ehemals öffentlichen Monopolen sind private entstanden, mit denen sich sicher Gewinn erzielen lässt.

Neoliberale Freihandelsabkommen, die EU-Verträge und WTO-Regeln haben durch Liberalisierungsverpflichtungen Privatisierungen befördert und erschweren es auch, Privatisierungen rückgängig zu machen. Investitionsschutzabkommen wiederum sichern durch Sonderklagerechte für Konzerne diese Gewinne ab und erschweren oder verhindern Vergesellschaftungen.

3.2 Was will Attac?

Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand. Dazu gehören unter anderem Gesundheitsversorgung, Pflege, Bildung, Verkehr, Energie- und Wasserversorgung, Bereiche des Wohnungsmarktes sowie digitale Infrastruktur. Nur so kann die Grundversorgung und Teilhabe für alle gesichert werden. Eine Profitorientierung hat hier nichts verloren, weil sie dazu führt, dass notwendige Leistungen schlecht erbracht oder ganz vorenthalten werden oder die Infrastruktur nicht hinreichend instandgehalten wird.

Darüber hinaus kann die Vergesellschaftung von Unternehmen ein wesentliches Element bei der sozial-ökologischen Transformation sein. Öffentliche Unternehmen müssen dabei stärker als in der Vergangenheit demokratisch gestaltet sein. Es reicht nicht aus, wenn politische Mandats-träger*innen in Aufsichtsräten sitzen. Diejenigen, die von ihren Dienstleistungen abhängig sind, also Mieter*innen bei Wohnungsunternehmen, Stromabnehmer*innen im Energiebereich und Patient*innen im Gesundheitswesen müssen ebenso mitentscheiden können wie die Beschäftigten sowie Umwelt- und Sozialverbände. Dafür müssen an die jeweiligen Betriebszwecke angepasste Gremien geschaffen werden, in denen alle Beteiligten gleichberechtigt die strategischen Entscheidungen für das Unternehmen treffen und keine der Gruppen andere übergehen kann. Die Unternehmen sollten nicht privatrechtlich organisiert sein, sondern in öffentlich-rechtlicher Form, beispielsweise als Anstalt öffentlichen Rechts. Ihr gemeinwohlorientierter Unternehmenszweck muss gesichert sein und sie müssen dauerhaft vor Privatisierung geschützt sein.

3.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?

Rekommunalisierung und Demokratisierung von Energieversorgung und Wohnungsunternehmen vorantreiben

An vielen Stellen hat sich Widerstand gegen Privatisierungsmaßnahmen entwickelt, vor allem auf der lokalen Ebene. Teilweise konnten Privatisierungen, vor allem im Bereich der Wasserversorgung, verhindert oder rückgängig gemacht werden. Inzwischen werden sogar Stadtwerke und neue öffentliche Wohnungsbaugesellschaften gegründet. Dies ist eine erfreuliche Entwicklung, die aber bei weitem nicht ausreicht: Die rekommunalisierten Unternehmen müssen demokratisiert und ausgerichtet an sozialen und ökologischen Prinzipien geführt werden.

Ökonomisierung im Gesundheitswesen beenden und rückgängig machen

Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens vor allem durch Fallpauschalen, Zuzahlungen und die Privatisierung von Kliniken muss umgehend rückgängig gemacht werden. Art und Umfang einer medizinischen Behandlung muss sich ausschließlich am Bedarf orientieren und nicht an Kosten oder Profitmöglichkeiten. Notwendige Kosten der Gesundheitsversorgung müssen öffentlich finanziert

werden. Mit der Gesundheitsversorgung dürfen keine Profite erzielt werden, privatisierte Krankenhäuser müssen wieder von der öffentlichen Hand übernommen und demokratisiert werden.

Gute öffentliche Bildung ausbauen und digitale Teilhabe gewährleisten

Wer Zugang zu guter Bildung auch in Form von digitaler Grundversorgung und Aus- und Weiterbildung hat, verbessert damit seine Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb muss Bildung – im wesentlichen öffentlich organisiert und finanziell wie personell gut ausgestattet – allen unabhängig von ihren ökonomischen Ressourcen zur Verfügung stehen. Eine Investitions-offensive in Schulen (Gebäude, Personal) ist zwingend erforderlich. Wichtig ist zudem: Bildung darf nicht als Humankapital missbraucht werden, ihr Kern ist die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit. Als globalisierungskritische Bildungsbewegung betont Attac die dringende Notwendigkeit zur Stärkung der politischen Bildung.

Die Deutsche Bahn demokratisieren, nicht privatisieren

Eine soziale und klimagerechte Verkehrswende wird nur gelingen, wenn der schienengebundene Fern- und Nahverkehr gut ausgebaut sowie günstig und barrierefrei zu nutzen ist. Dies kann eine privatisierte Bahn, die in erster Linie die Profitinteressen ihrer Eigentümer*innen befriedigen muss, nicht leisten; ebenso wenig eine Bahn, in der Passagier*innen keinen Einfluss haben. Die Deutsche Bahn AG soll deshalb in eine Anstalt des öffentlichen Rechts überführt werden. Fahrgast-, Umwelt- und Sozialverbände sollen ebenso wie die Beschäftigten gleichberechtigt an den strategischen Entscheidungen beteiligt werden.

Leistungsfähiger und gut ausgestatteter öffentlicher Dienst

Der öffentliche Dienst muss personell und finanziell gut ausgestattet sein. Die Beschäftigten brauchen gute Arbeitsbedingungen und eine gute Bezahlung, um gute Dienstleistungen erbringen zu können.

Keine Investitionsschutz- und Handelsabkommen, die Marktöffnungen erzwingen oder Vergesellschaftung verhindern

Viele Freihandelsabkommen enthalten Regelungen, die durch Liberalisierungsverpflichtungen Marktöffnungen erzwingen und Privatisierungen Vorschub leisten. Deutschland bzw. die EU müssen solche Abkommen verlassen oder sie kündigen. Investitionsschutzabkommen, die Sonderklagerechte für Konzerne vorsehen (ISDS oder ICS), verhindern unter anderem auch die Vergesellschaftung von Unternehmen oder Infrastruktureinrichtungen. Damit untergraben sie das Recht von lokalen Gemeinschaften und Staaten, demokratisch über die Form zu bestimmen, in der überlebenswichtige Dienstleistungen wie Energie- und Wasserversorgung oder das Gesundheitswesen organisiert werden. Anstelle von Maßnahmen zur Erzwingung der Marktöffnung sollten überall dort, wo es sinnvoll ist, transnationale Kooperationsabkommen geschlossen werden, die verbindliche Umwelt-, Sozial- und Demokratiestandards (unter Einbezug aller Betroffenen) enthalten müssen.

4. Krieg und Militarisierung

Nicht nur wirtschaftliche Krisen und Abhängigkeiten verschärfen sich, auch die Anzahl bewaffneter Konflikte erreicht neue Höchststände und die Intensität von gewaltsamen Auseinandersetzungen nimmt zu. Staaten ringen um die Ausweitung ihrer Einflusszonen und die Sicherung von Lieferketten und Rohstoffquellen. Das Militär wird aufgerüstet. Nationalismus, Hass und Fundamentalismus nehmen weltweit zu.

4.1 Was ist das Problem?

Kriege machen Zerstörung, Gewalt und Tod zum Alltag. Sie führen zu unzähligen Toten und Verletzten an den Fronten. Sie richten sich gegen ganze Bevölkerungen mit zahlreichen zivilen Opfern und verheerenden psychischen Folgen. Im Krieg nimmt sexuelle Gewalt zu und Vergewaltigung wird zur Waffe. Traditionelle Geschlechterrollen gewinnen wieder an Bedeutung, die Rechte von FLINTA*s werden eingeschränkt und Abweichungen sanktioniert. Menschen müssen fliehen und werden ausgegrenzt.

Die Globalisierung hat den Krieg verändert. Innerstaatliche militärische Konflikte haben massiv zugenommen – oft geprägt durch Spätfolgen der Kolonialisierung und neoliberale Politik. Viele Soldaten sind zwangsverpflichtet und unterliegen in arm gemachten Ländern des Südens häufig auch ökonomischen Zwängen. Interventionen von Staaten in Bürgerkriege haben sich laut des Friedensforschungsprojekts UCDP innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte vervielfacht. Die weiter andauernden Kriege im Jemen oder in Syrien zeigen, wie Konflikte zu Verbrechen unglaublichen Ausmaßes eskaliert werden, statt dezentrale und selbstbestimmte Lösungen vor Ort zu ermöglichen.

War die neoliberale Ära nach dem Mauerfall durch die Vormachtstellung der USA und ihrer Kriege dominiert, globalisiert sich jetzt der Anspruch auf Vorherrschaft. Die Liste der um neuen Einfluss ringenden Nationen ist lang. Die USA versucht, ihren Weltmachtstatus mit allen wirtschaftlichen und militärischen Mitteln aufrechtzuerhalten, und die Konkurrenz mit China um Einflussphasen und die globale Führungsrolle droht in eine direkte Konfrontation umzuschlagen.

Die seit der Jahrtausendwende andauernde Aufrüstung verschärft sich seit dem russischen Angriff auf die Ukraine erneut drastisch. Die zunehmenden Exporte der Rüstungsindustrie dienen auch zur militarisierten Abwehr Geflüchteter und zum Ausbau gewaltsamer innenpolitischer Repression. Die Kosten von Kriegen und Rüstung sind enorm. Die Wahrscheinlichkeit eines Atomkriegs erscheint so hoch wie lange nicht mehr.

Die Bedeutung und die Macht des Militärs zeigt sich auch beim Klimaschutz: Als einziger Sektor ist das Militär aus den Klimaabkommen ausgeklammert, im Paris-Abkommen nicht einmal erwähnt. Dabei sind die Emissionen von Kriegsschiffen oder Kriegsflugzeugen gewaltig. Militär geht einher mit einer enormen Klima- und Umweltzerstörung, ob in Kriegszeiten, in Manövern oder zur Aufrechterhaltung der Militärlogistik. Ein Rückbau des Militärs und ein Ende der Kriege sind auch eine ökologische Notwendigkeit.

4.2 Was will Attac?

Es braucht eine multilaterale und demokratische Weltordnung und zivile Konfliktlösungen. Als Bildungsbewegung klären wir über die Gefahren der militärischen Logik auf. Die militärische Logik zielt nämlich darauf ab, die eigene Sicherheit immer nur relativ zur Sicherheit der anderen Seite zu erhöhen und damit die Sicherheit der anderen Seite zu verringern, schafft also systematisch Unsicherheit. Die militärische Logik führt also zwingend in ein Sicherheitsdilemma, das die Aufrüstungs- und Militarisierungsspirale antreibt und die Kriegsgefahr ständig erhöht. Attac klärt zudem über Möglichkeiten für eine solidarische und gewaltfreie Globalisierung auf.

Sicherheit muss neu gedacht werden: Die enormen Mittel, die für Krieg und Aufrüstung aufgewendet werden, sollten genutzt werden für die Bekämpfung der Klimakrise, und um ein gutes Leben für alle zu verwirklichen. Statt Rüstung brauchen wir globale Gerechtigkeit, Gesundheit für alle und vielfältige Kunst und Kultur.

4.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?

Zivile Konfliktlösung

Internationale Organisationen müssen ausgebaut werden und präventiv versuchen, Konflikte zu verhindern. Neben einer fundamentalen Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen müssen auch regionale Sicherheitsarchitekturen geschaffen werden, um frühzeitig auf diplomatischem Weg Lösungen zu finden. Dem steht der deutsche Anspruch entgegen, eine militärische Führungsmacht zu werden. Als EU- und NATO-Mitglied ist Deutschland in vielen militärischen Konflikten weltweit involviert. Militärische Block-Bündnisse wie die NATO sollten von Systemen hinreichender gemeinsamer Sicherheit für alle ersetzt werden. Die Militarisierung der Außenpolitik muss beendet und stattdessen zivile Konfliktlösung unterstützt werden.

Mit Globalisierungskritik Kriegen vorbeugen

Kriege stützen die Globalisierung von Macht und Profiten. Die kapitalistische Wachstumslogik wird militärisch abgesichert und durchgesetzt. Infolge der neoliberalen Neuordnung der Welt nehmen Konflikte zu, denn die ökonomische und politische Destabilisierung vieler Regionen trägt zu Krieg und Terrorismus bei. Durch unsere grundsätzliche Globalisierungskritik stellen wir daher eine wesentliche Grundlage von Kriegen in Frage. Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung ist eine wichtige Grundbedingung für eine friedlichere Welt. Der Einsatz für ein Ende der Ausbeutung arm gemachter Länder und für soziale Rechte für alle, zum Beispiel in der Handelspolitik, beugt auch militärischen Konflikten vor.

Bewegungen weltweit stärken

Wir sind solidarisch mit den Bewegungen überall auf der Welt, die gegen Krieg, Aufrüstung und Militarisierung auf die Straße gehen und sich für eine gerechte Gesellschaft einsetzen. Unser Protest gegen Krieg ist global – nationalistische Versuche der Vereinnahmung lehnen wir ab – und wir bemühen uns um den Abbau von Vorurteilen und Ressentiments. Die Beteiligung an Kriegen und militärischer Gewalt skandalisieren wir öffentlich und üben Druck aus auf die Beteiligten. Das Recht auf Selbstverteidigung erkennen wir dabei an. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht muss uneingeschränkt gelten. Wer deshalb verfolgt wird, hat ein Recht auf Asyl.

Globale Abrüstung

In den sich zuspitzenden globalen Konflikten treten wir für Demilitarisierung und Abrüstung ein. Die Aufrüstungsspiralen müssen durchbrochen werden, in Deutschland und weltweit. Verträge zur Rüstungskontrolle müssen ausgebaut oder wiederbelebt werden, insbesondere unterstützen wir den Atomwaffenverbotsvertrag.

Als großer Rüstungsexporteur ist Deutschland unter anderem an den Angriffen der Türkei auf die kurdischen Gebiete und den Angriffen Saudi-Arabiens im Jemen beteiligt. Stattdessen braucht es eine Konversion der Rüstungsindustrie hin zu ziviler Produktion. Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wird die Aufrüstung Deutschlands in einem vorher nicht durchsetzbaren Maß massiv vorangetrieben. Dieser Militarisierung stellen wir uns entgegen.

5. Soziale Sicherheit für alle

Soziale Sicherheit ist ein globales soziales Recht. Der Zugang zu sozialen Sicherungssystemen und zu sozialer Infrastruktur für alle und überall als Grundlagen für ein gutes Leben ist eine wesentliche Forderung von Attac. Attac setzt sich für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein und somit auch für eine grundlegende Reform der sozialen Sicherungssysteme. Mit Aufgaben der Daseinsvorsorge darf kein Gewinn erzielt werden.

5.1 Was ist das Problem?

Noch nie wurden so viele Güter und Dienstleistungen hergestellt wie heute. Es ist genug für alle da. Niemand müsste hungern, frieren oder von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen sein. Dass die einen viel haben und die anderen ums Überleben kämpfen, liegt allein an der ungerechten Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums, die immer ungerechter wird.

Voraussetzung für ein gutes Leben für alle ist in erster Linie der Zugang zu einem ausreichenden Einkommen und zu sozialer Infrastruktur. Dabei spielen neben den Einkommen aus Erwerbsarbeit und Vermögen (wie aus einem eigenen Betrieb, einer Vermietung etc.) auch Einkommen aus den sozialen Sicherungssystemen eine bedeutende Rolle. Diese werden teils aus Steuern und teils aus Versicherungsbeiträgen finanziert. Ihre Finanzierung ist ebenso wie die Höhe der Leistungen und der Zugang dazu immer gesellschaftlich umkämpft, denn wenn bei der Aufteilung des gesamtgesellschaftlich produzierten Reichtums der Anteil für soziale Leistungen steigt, schmälert dies gleichzeitig den Anteil für Gewinne aus Vermögen.

Soziale Bewegungen haben im Laufe der Geschichte höhere Löhne und ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit gegen Unternehmen und Staat erkämpft. Diese Erfolge wurden aber – insbesondere auch als Folge der zurückgehenden Macht von Gewerkschaften – von antisozialer Politik wieder zurückgedrängt und abgebaut; so auch im Zuge der neoliberalen Globalisierung, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU zu verbessern. Ein Beispiel ist die Absenkung der gesetzlichen Altersrente. Gleiches gilt für die Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, wie zum Beispiel der Umfang der Leistungen im Gesundheitswesen.

Jedoch: Die Absicherungen gerade in Ländern wie Deutschland sind im Kern an einem unterstellten Normalarbeitsverhältnis orientiert und deshalb meist nur dann auskömmlich, wenn eine lange, meist männliche Erwerbsbiographie mit hinreichend hohem Einkommen zugrunde liegt. Menschen ohne diese Biographie und ohne sonstiges Einkommen sind von Armut betroffen. Die erzeugte Armut soll und kann mit dem bestehenden Sicherungssystem nicht abgeschafft werden, sie wird nur systemkonform verwaltet. Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus sind gänzlich vom Zugang zum Sozialsystem ausgeschlossen. Sorgearbeit, wie Kinderbetreuung, -erziehung oder Kranken- und Altenpflege, wird heute immer noch in erster Linie auf FLINTA*s abgeschoben und schlecht oder gar nicht bezahlt. Unser Gesellschaftssystem wirkt nicht integrativ, sondern ausgrenzend. Menschen mit einer Behinderung erhalten oft zu wenig Unterstützung, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Alte Menschen werden in unserer Leistungsgesellschaft beiseite geschoben – es sei denn, sie verfügen über gefragtes Spezialwissen.

5.2 Was will Attac?

Die sozialen Sicherungssysteme und die soziale Infrastruktur müssen insgesamt so organisiert sein, dass sie allen ein gutes Leben inklusive gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen. Es ist ein globales soziales Menschenrecht und unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Alter, Behinderung, Herkunft oder Staatsbürgerschaft. Attac will den solidarischen Ausgleich zwischen Menschen mit viel und wenig oder keinem Einkommen, sowohl national wie auch global. Dies bedeutet, dass alle Menschen, egal ob jung oder alt, krank oder gesund, hier geboren oder eingewandert, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben, das gleiche Recht auf soziale Sicherheit und Gesundheitsversorgung haben. Sorgearbeit soll als gesamtgesellschaftliche Aufgabe organisiert und entsprechend anerkannt und, wenn als Erwerbsarbeit geleistet, gut bezahlt werden.

Attac setzt sich ein für „gute Arbeit“ und will ausreichend hohe Löhne und Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, für alle – egal, ob die Menschen in Deutschland geboren sind, welches Geschlecht sie haben, oder ob es um Tätigkeiten geht, die wenig wertgeschätzt werden.

5.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?

Attac setzt sich für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums ein, indem unter anderem Vermögen, Kapitaleinkommen, Schenkungen und Erbschaften höher und progressiv besteuert und Menschen, die über wenig Einkommen verfügen, entlastet werden. Durch diese Maßnahmen und durch höhere Löhne würde auch mehr Geld für die sozialen Sicherungssysteme zur Verfügung stehen. Attac schlägt konkret vor:

Solidarische Bürgerversicherung

Für eine gute Gesundheitsversorgung jenseits von Privatisierung und Gewinnstreben brauchen wir eine solidarische Bürgerversicherung, aus der alle Menschen gleichermaßen Leistungen nach ihren Bedarfen beziehen und die aus allen Einkommensarten finanziert wird – auch und gerade durch Unternehmensgewinne und durch höhere Abgaben von Gutverdienenden, zum Beispiel durch Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze.

Nationale Lösungen werden hier nicht ausreichen. Es braucht auch Regelungen auf europäischer Ebene und langfristig auf globaler Ebene. Kapitalgedeckte Versicherungssysteme lehnt Attac ab, bestehende sollen in die allgemeine Bürgerversicherung überführt werden.

Soziale Grundsicherung, gesellschaftliche Teilhabe

Wir setzen uns auch für eine soziale Grundsicherung ein, die allen hier lebenden Menschen unabhängig von ihrer Erwerbsbiographie, ihrem Familienstand und ihrer Nationalität zusteht und so hoch ist, dass sie eine gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet. Menschen mit Behinderung sollen die notwendige Unterstützung und Ausstattung niedrigschwellig erhalten.

Radikale Arbeitsumverteilung

Attac setzt sich für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit ein. Nur eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich mindestens für untere und mittlere Einkommensgruppen kann den notwendigen Abbau klimaschädlicher Produktion ohne Massenarbeitslosigkeit auffangen und bildet die Voraussetzung für eine gerechte Verteilung auch der Haus- und Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern. Ein weiterer Grund für die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung ist das hohe Einsparungspotential an Arbeitsstunden, das für die Anwendung von künstlicher Intelligenz in der Arbeitswelt prognostiziert wird. Die Möglichkeiten für individuelle Formen der Arbeitszeitverkürzung über gesellschaftlich finanzierte Freistellungen von der Erwerbsarbeit durch ein bedingungsloses Grundeinkommen oder durch Modelle der über die Erwerbsbiographie verteilten Ziehungszeiten sind zu erproben und zu unterstützen.

Daseinsvorsorge nicht privatisieren

Wir beobachten eine zunehmende private Aneignung von Systemen der sozialen Sicherung durch Konzerne und Finanzorganisationen weltweit. Die Verteidigung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist als Beitrag zu verstehen, den Zugriff des internationalen Finanzkapitals auf die erkämpften Errungenschaften des Sozialstaats abzuwehren.

Solidarische Städte

Attac befürwortet Initiativen wie „Solidarische Städte“, die auf kommunaler Ebene die Lebensbedingungen für Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus verbessern, indem sie zum Beispiel kommunale Personalausweise oder anonyme Krankenscheine ausstellen und den kostenlosen Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglichen.

6. Flucht/Migration

Die Geschichte der Menschheit ist seit Anbeginn eine Geschichte der Migration. Migration ist ein Menschenrecht, für das sich Attac einsetzt.

6.1 Was ist das Problem?

Die Lage ist dramatisch: Millionen von Menschen sind weltweit auf der Flucht. Gewaltsame Konflikte, wachsende globale Ungleichheiten, instabile politische Systeme, fehlende Perspektiven, die immer stärkeren Auswirkungen der Klimakrise – alles Faktoren, die das globale Migrations-geschehen maßgeblich verändern und Betroffene vor große Herausforderungen stellen. Tausende Menschen harren in provisorischen Flüchtlingscamps wie auf Lesbos ohne Unterkunft, Nahrung, Trinkwasser und medizinische Versorgung aus. Frontex, die europäische Grenzschutzbehörde, ist – auch unter Beteiligung deutscher Polizist*innen – ein Hauptakteur bei unzählbaren Menschen-rechtsverletzungen wie illegalen Pushbacks an der Außengrenze.

Menschen leben täglich in Angst vor der Abschiebung, obwohl sie seit Jahren hier wohnen und arbeiten. Länder, in denen regelmäßig Anschläge verübt werden, in denen Menschen politisch, aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Sexualität oder der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit verfolgt werden und unter katastrophalen ökonomischen Bedingungen leiden, werden von deutschen Politiker*innen als sichere Herkunftsländer eingestuft. Das Thema Flucht wird von rechts instrumentalisiert und Grenzregime werden gegen den Widerstand aus der Zivilgesellschaft installiert. Die in der Unterstützung von Geflüchteten aktive Zivilgesellschaft wird zum Teil behindert und kriminalisiert, muss aber gleichzeitig mit ehrenamtlicher Arbeit staatliche Defizite ausgleichen.

Die Debatte über Flucht und Migration ist schon lange politisch und gesellschaftlich zentral, hat jedoch bisher oft an den eigentlichen Ursachen für Flucht und Migration vorbeigeführt. Es wird über Grenzschließungen, Obergrenzen, Wirtschaftsflüchtlinge diskutiert, und darüber, dass sogenannte Fluchtursachen bekämpft werden müssten.

Doch die vielfach verwobenen Herrschaftsverhältnisse (u.a. durch Geschlecht, Klasse, Nord-Süd-Verhältnis, die Ungleichverteilung natürlicher Ressourcen wie Wasser) zeigen ihre Wirkung in jeglichen institutionellen Politiken wie der Handels-, Agrar-, Fischereipolitik, aber auch in Wertschöpfungsketten und dem Zugriff auf natürliche Ressourcen.

Kapitalismus, Klimakrise und Migration sind eng miteinander verstrickt. Beispielsweise wird mit Kohleenergie Profit erwirtschaftet, aber die Kohleverbrennung führt zum Anheizen der Klimaerwärmung, die wiederum Dürren auslösen kann und dadurch Menschen aus ihrer Heimat vertreibt. Es gibt fließende Übergänge zwischen politischem Handeln, Ausbeutungsverhältnissen und Flucht und Zwangsbewegungen, beispielsweise, wenn autoritäre Staaten vom Westen durch Waffenexporte aufgerüstet werden und dadurch Menschen vertrieben werden.

Auch gibt es nicht die eine Fluchtursache, sondern es ist oft ein Problemgeflecht aus Armut, Folgen des Klimawandels, Krieg und anderem. Gleichzeitig wird im vorherrschenden Diskurs die imperiale Lebensweise der reichen Industrieländer vielfach ausgeblendet, die auf der Externalisierung ihrer sozialen und ökologischen Kosten beruht. Das zeigt sich deutlich in den Auswirkungen der Klimakrise, die maßgeblich von den reichen Ländern vorangetrieben wird, deren Auswirkungen aber vor allem den Globalen Süden treffen. Lebensgrundlagen werden zerstört und zwingen zunehmend zur Klimafucht.

Auch europäische Handelspolitiken manifestieren oft das Fortwirken (post-)kolonialer Abhängigkeiten und verschärfen Elend und Armut weiter. FLINTA*s sind dabei wie so oft besonders betroffen, werden aufgrund ihres Geschlechts verfolgt und sind auf der Flucht besonderen Gefahren ausgesetzt.

Den Fachkräftemangel in den Ländern des Nordens durch das Abwerben von migrantischen Fachkräften auszugleichen ist ebensowenig nachhaltig, sondern lagert nur die Probleme in die arm gemachten Länder des Südens aus und behindert deren eigene Entwicklung.

6.2 Was will Attac?

Eben diese Fluchtgründe sind aus einer anderen Perspektive zu betrachten. Statt sie auf die Herkunftsländer der Geflüchteten zurückzuführen, beispielsweise auf diktatorische Regime oder Korruption, müssen strukturelle globale Ungleichheitsverhältnisse in den Blick genommen und verändert werden. Denn die Fluchtursachen liegen nicht primär in den Herkunftsländern, sondern im Nord-Süd-Verhältnis, beginnend mit Kolonialismus und Imperialismus bis hin zu den heutigen (post)kolonialen Ungleichheitsverhältnissen des globalen Kapitalismus. Deshalb müssen sinnvolle Maßnahmen dort ansetzen.

6.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?

Es braucht einen Paradigmenwechsel: Statt Grenzregimen fordern wir globale Bewegungsfreiheit: Das Recht für alle Menschen frei zu entscheiden, wo sie leben möchten. Es gibt bereits einige Ansätze, die Alternativen zur nationalstaatlichen Abschottung bieten: Solidarische Städte, "Urban Citizenship" in Form eines kommunalen Personalausweises in Zürich, europäische Netzwerke der Solidarität in Barcelona oder "sichere Häfen" in Deutschland. Weitere Forderungen sind konsequente Bekämpfung von Kriegsursachen und die Anerkennung spezifischer Fluchtgründe wie die Verfolgung aufgrund der Geschlechtsidentität oder als Kriegsverweigerer*in.

7. Klimakollaps aufhalten. Naturzerstörung stoppen.

Die Klima- und Biodiversitätskrise ist weit fortgeschritten. Unsere Lebensgrundlage zu schützen und zu erhalten ist national und global die Aufgabe mit höchster Dringlichkeit. Für menschengemachten Klimawandel und Naturzerstörung tragen die reichen Länder die Hauptverantwortung. Sie stehen hier in der Schuld der arm gemachten Länder des Südens. Deshalb ist Klimagerechtigkeit ein zentrales Thema von Attac.

7.1 Was ist das Problem?

Die Industrialisierung geht von Beginn einher mit der Zerstörung der Natur, der Übernutzung natürlicher Ressourcen, dem Artensterben und der Erderwärmung. Dies gilt für die westlichen Länder ebenso wie für die ehemaligen sogenannten realsozialistischen Länder. Die kapitalistische Globalisierung unter neoliberalen Vorzeichen hat diese Prozesse noch massiv beschleunigt und weltweit ausgedehnt. Bereits heute müssen Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie nicht mehr bewohnbar ist. Ohne eine radikale Kehrtwende wird die Erde für uns Menschen unbewohnbar.

Das auf permanentes Wachstum angewiesene kapitalistische Wirtschaftssystem ignoriert die Begrenztheit der Ressourcen der Erde und ist auch aus diesem Grund nicht zukunftsfähig. Marktprozesse sind blind gegenüber ihren sozialen und ökologischen Folgen. Eine „Einpreisung“ von Naturzerstörung und Klimakosten beispielsweise über den Emissionshandel kann dies nicht grundlegend verändern. Klimaschutz darf nicht dem freien Spiel der Märkte überlassen bleiben und kann nicht darin integriert werden. Der Schutz der natürlicher Ressourcen braucht verbindliche Regeln, die in demokratischen Prozessen ausgehandelt werden müssen mit dem Ziel, die private Verfügungsgewalt darüber abzuschaffen. Der Schutz der Böden vor Übernutzung und Zerstörung muss Priorität bekommen.

7.2 Was will Attac?

Attac setzt sich ein für eine Politik der sozial-ökologischen Transformation (SÖT). Dabei ist Klimagerechtigkeit ein wichtiger Baustein. Denn Menschen mit geringem Einkommen vor allem in den arm gemachten Ländern des Südens tragen am wenigsten zur Naturzerstörung und der drohenden Klimakatastrophe bei. Dennoch leiden sie am meisten unter den Folgen.

Unsere imperiale Lebensweise muss sich ändern. Unser Wirtschaftssystem und Konsummodell darf nicht weiter auf Wachstum angewiesen sein, sondern ist in Richtung Kreislaufwirtschaft umzubauen. Konzepte industrialisierter Landwirtschaft müssen nicht nur im Hinblick auf ihre Umweltverträglichkeit hinterfragt werden.

Statt Profitmaximierung müssen Bedarfsorientierung und ökologische Nachhaltigkeit im Zentrum der Wirtschaft stehen.

7.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?

Ökologische Regulierung der Märkte und offensive Klimapolitik

Märkte müssen nach ökologischen Gesichtspunkten reguliert werden. Die Vergabe von öffentlichen Aufträgen muss sich ebenso an ökologischen Vorgaben orientieren wie das Handeln des Staates insgesamt.

Anders wirtschaften und konsumieren

Um Klimagerechtigkeit zu erreichen, müssen vor allem Bezieher*innen hoher Einkommen und Eigentümer*innen großer Vermögen ihren Konsum reduzieren, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen.

Eine Änderung des Konsumverhaltens wird nicht über Appelle funktionieren. Dazu muss die Produktion der für ein gutes Leben notwendigen Güter und Dienstleistungen nach grundsätzlich anderen Kriterien organisiert werden. Es muss demokratisch entschieden werden, was wofür produziert werden soll und was vermieden werden sollte. Güter dürfen nicht auf Verschleiß konstruiert werden, sondern müssen möglichst lange haltbar und vor allem reparierbar sein. In der Nahrungsmittelproduktion ist eine bedürfnisorientierte, ökologische Landwirtschaft ohne weitere Vergiftung der Böden mit Pestiziden zu stärken.

Energieverbrauch senken. Energieverteilung demokratisieren.

Der Energieverbrauch muss grundsätzlich gesenkt und die Energiegewinnung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern erfolgen. Zudem darf die Energiewende der Industrieländer des Nordens nicht auf Kosten der Menschen des Globalen Südens gehen. Diese Externalisierung mit all ihren negativen Folgen muss gestoppt werden.

Eine „grüne Wirtschaft“, die zentral auf technische Lösungen setzt anstatt Konkurrenz, Profit und Wachstumszwang grundsätzlich in Frage zu stellen, wird nicht nachhaltig sein. Energie darf keine Ware sein. Der Grundbedarf an Energie muss für alle bezahlbar zur Verfügung gestellt werden. Die Energieversorgung muss in gesellschaftlicher Hand dezentral und demokratisch organisiert werden.

Böden schützen – Landschaften erhalten

Statt Regenwälder für die Rohstoffgewinnung und die industrielle Landwirtschaft zu roden, sollen sie unter Schutz gestellt werden. Reiche Staaten sollten Ausgleichszahlungen leisten.

In Industriestaaten, wo es immer weniger intakte Böden und unzerstörte Landschaften gibt, sollten keine weiteren Flächen bebaut oder für industrielle Landwirtschaft genutzt werden. Bevor für Wohnen, Gewerbe und Industrie neue Flächen erschlossen werden, muss geprüft werden, ob dieser Bedarf nicht anders zu decken ist, etwa durch die effektivere Nutzung vorhandener Flächen. Industrielle

Landwirtschaft soll so zurückgebaut werden, dass die nötige Agrarwende hin zur ökologischen, die Böden schonende Landwirtschaft umgesetzt werden kann. Vergesellschaftung, etwa von Grund und Boden, kann ein Mittel sein, ökologischen und sozialen Aspekten den Vorrang vor der Profitmaximierung einzuräumen.

Klimafreundliche Mobilität für alle

Eine klimafreundliche Mobilität bedeutet nicht in jedem Fall Verzicht, sondern wird in der Folge an vielen Stellen unsere Lebensqualität sogar steigern.

Einschränkungen sind aber unumgänglich, denn unsere Mobilität ist einer der größten Treiber der Klimaerwärmung. Der Flugverkehr muss zum Beispiel deutlich reduziert werden, indem hierzulande etwa Flüge, zu denen es eine akzeptable Alternative mit der Bahn gibt, verboten werden.

Der Zugang zu Mobilität ist zudem ungerecht verteilt. Wir brauchen eine sozial gerechte und natur-schonende Mobilität, die auf barrierefreie öffentliche Verkehrsmittel, auf Fuß- und Rad-Verkehr setzt statt auf Autos und für alle bezahlbar ist. Die Verkehrswende muss mehr sein als eine Antriebswende von Verbrenner zum E-Auto, denn auch E-Autos haben einen enormen Ressourcenverbrauch und verstopfen die Städte.

8. Demokratie

Der Begriff Demokratie beinhaltet Ideale wie Partizipation und Souveränität realisiert in Strukturen, in denen Menschenwürde und Grundrechte gelten. Auf staatlicher Ebene wird er mit Begriffen wie Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung umschrieben. Er ist damit aber in seiner Komplexität nur ansatzweise erfasst. Wie die utopischen Versprechen einer „Volksherrschaft“, in der es Mitbestimmung, Gleichheit und Transparenz gibt, in Gesellschaftsstrukturen direkt und umfassend realisiert werden können, bleibt Gegenstand politischer Auseinandersetzungen. Dieser Auseinandersetzung muss sich jede demokratische Gesellschaft laufend stellen. Um dies zu können, bedarf es einer umfassenden politischen Bildung. Politische Bildung ist deshalb ein zentrales Anliegen von Attac.

8.1 Was ist das Problem?

Echte Demokratie ist mehr als Herrschaftslegitimation: Sie ist Gesellschafts- und Lebensform. Wo die „Herrschaft des Volkes“ auf regelmäßige Wahlen von Volksvertretern beschränkt bleibt, ist sie nur ansatzweise realisiert.

Wenn zudem Handlungszwänge wie Vorgaben eines „ausgewogenen Wirtschaftswachstums“ in einer „wettbewerbsfähigen sozialen Marktwirtschaft“ (Artikel 2 Absatz 3 EU-Vertrag) existieren, kollidiert dies mit demokratischen Idealen.

Wenn Wirtschaftsunternehmen, zu denen auch Medienunternehmen zu zählen sind, oder reiche Menschen und Oligarchen durch ihr Eigentum an Produktionsmitteln beziehungsweise ihr ökonomisches Kapital einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben, insbesondere gegenüber Entscheidungsträgern in Parteien, Parlamenten und Regierungen, kann solcher Lobbyismus nicht im Sinne von Demokratie sein. Je asymmetrischer diese unterschiedliche Organisations- und Durchsetzungsfähigkeit von Interessen im Willensbildungsprozess ist, desto größer ist die Gefahr, dass Prinzipien von Demokratie und Rechtsstaat verletzt werden.

Systeme müssen als halbierte oder defizitäre Demokratien bezeichnet werden, wenn wesentliche Bereiche, wie der Unternehmensbereich, nicht durchgehend demokratisch verfasst sind. Dies gilt auch, wenn Freihandelsverträge über ihre Liberalisierungs- und Regulierungsverpflichtungen im Interesse großer Konzerne in Staaten hineinregieren. Noch schlimmer ist es, wenn die EU-Handelsverträge

der neuen Generation (CETA & Co) es erlauben, Entscheidungsebenen einzuführen, die den Parlamenten übergeordnet sind.

Wachsender Autoritarismus und Rechtspopulismus, wachsende Überwachung, repressive Polizeigesetze und rechtsextreme Netzwerke sind Alarmzeichen nicht nur für einen Mangel an demokratischen Strukturen. Vielmehr sollen vorhandene Strukturen gezielt geschwächt werden.

Entsprechendes gilt für Meinungsmanipulation in den „Sozialen“ und teils auch in traditionellen Medien, wenn dort durch die Ausbreitung "alternativer Fakten" (gezielter Falschinformationen), potenziert durch mittels KI erzeugter Fake-Bilder und Fake-Videos, die Möglichkeiten der Bürger*innen, sich über die Realität zu einigen, untergraben wird.

In die Bresche springen Politiker*innen der extremen Rechten, die sich als die „wahre Stimme des Volkes“ inszenieren, aber zugleich demokratische Verfahren und rechtsstaatliche Institutionen verächtlich machen und missbrauchen. Klar ist, dass eine Demokratie wehrhaft gegenüber Rechtsextremismus sein und verteidigt werden muss.

Eine vollständige Beschreibung des Problemfeldes Demokratie muss auch anerkennen, dass es in vielen Ländern keine allgemeinen, freien und gleichen Wahlen gibt und politische Opposition nicht zugelassen oder stark behindert wird. Die überwiegend autoritären Strukturen in diesen Ländern sind häufig nicht zuletzt eine Folge von Kolonialismus, Imperialismus und neokolonialer Ausbeutung durch die Länder, die sich ihrer eigenen Demokratien rühmen.

Im globalen Maßstab kann von einem gleichen Zugang zu demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten nur ansatzweise gesprochen werden. Denken wir nur an die Frage, wer bei politischen Sachfragen tatsächlich mitentscheiden darf, welche Rolle dabei der Pass, die Verfügung über Eigentum und die Bildung oder das Geschlecht spielen.

8.2 Was will Attac?

Eine umfassende Transparenz auf allen Ebenen von Entscheidungsprozessen, die uns alle betreffen, ist elementar. Dazu bedarf es mehr direkter Demokratie und demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten auf allen Ebenen. Dazu müssen Hemmschwellen für die Beteiligung systematisch abgebaut werden. Eigentumsfrage und Demokratisierung hängen zusammen, deshalb ist eine Ausdehnung demokratischer Prinzipien auch auf Wirtschaftsprozesse unabdingbar. Darum müssen insbesondere demokratische Wege zur Vergesellschaftung geschaffen werden. Demokratie darf nicht nur Herrschaftsform, sie muss auch Gesellschafts- und Lebensform sein, wenn sie Bestand haben soll.

Auch wenn unsere aktuelle Demokratie klare Defizite hat, sollten wir sie nicht geringerschätzen. Unsere Solidarität mit allen Demokratiebewegungen weltweit ist ungebrochen. Unser Ziel ist es, die Demokratie zu verteidigen und auszuweiten!

Demokratie ist ein Ideal. Ihre Umsetzung ist ein offener Prozess. Dieser Prozess erfordert permanente Anstrengung. Diese Anstrengung lohnt sich aber allemal, nicht nur, um den Abbau von Demokratie zu verhindern und sie vor der extremen Rechten zu schützen. Diese Anstrengungen sind zudem Voraussetzung dafür, Grundrechte und die universellen Menschenrechte als integralen Bestandteil von Demokratie zu verteidigen und Länder, in denen sie bisher fehlen, auf dem Weg, sie zu erreichen, zu unterstützen. Dies tun wir immer auch im Bewusstsein, dass es in anderen Ländern und Kulturen durchaus andere Vorstellungen davon gibt, wie Demokratie zu gestalten ist.

8.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?

Attac will die Sinne für die Notwendigkeit und Möglichkeit von Demokratisierung in allen Lebensbereichen schärfen. Ein wichtiges Instrument sind Bürger*innen-Entscheide und andere Elemente

direkter Demokratie. Sie weiten die Demokratie aus, da sie politische Prozesse für alle sichtbar machen und gemeinsame politische Entscheidungen in Praxis überführen können.

Neben der Unterstützung aller Ansätze einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie unterstützen wir auch Demokratisierungsbestrebungen im politischen System und anderen gesellschaftlichen Bereichen auch über direkte Demokratie hinaus. Dabei achten wir besonders auf die Einbeziehung besonders benachteiligter Gruppen in alle Entscheidungsprozesse, insbesondere wenn sie davon betroffen sind.

Demokratie braucht eine lebendige Zivilgesellschaft. In vielen Staaten werden deren Gestaltungsmöglichkeiten eingeschränkt. Die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von emanzipatorischen Organisationen in Deutschland ist eine dieser Einschränkungen und führt zu einer Schwächung der Zivilgesellschaft. Sie muss zurückgenommen und es muss klargestellt werden, dass die Beteiligung an der politischen Willensbildung unschädlich ist für die Gemeinnützigkeit.

Krisen wie die Corona-Pandemie, der Krieg in der Ukraine, geopolitische Konkurrenz oder die Klimakrise haben gezeigt, dass die neoliberale Verfasstheit der EU an ihre Grenzen gestoßen ist: Die Maßnahmen zur Krisenbewältigung stellen Paradigmenwechsel dar, die für soziale Bewegungen Hebel sein können, um strukturelle Änderungen voranzutreiben und glaubwürdig die Demokratisierung der EU und ihre Abkehr von neoliberalen Prinzipien zu fordern.

Soziale Bewegungen wie die „Deutsche Wohnen & Co Enteignen“-Kampagne zeigen mit Elementen von direkter Demokratie, wie erfolgreich die Idee der Vergesellschaftung in die breite Gesellschaft getragen werden kann, wenn Menschen sich organisieren. Der Schwerpunkt von Kampagnen müssen die unmittelbaren Bedürfnisse der Menschen sein, denn Privatisierungen im Bereich Wohnen, Gesundheitswesen, Energieversorgung etc. schaden den Interessen der breiten Bevölkerung! Die Debatte um Vergesellschaftung und Rekommunalisierung sollte genutzt werden, um Modelle für demokratische öffentliche Unternehmen voranzutreiben. Demokratisierung muss mit der Eigentumsfrage zusammen gedacht werden. Wir brauchen neue Konzepte der Vergesellschaftung!

9. Geschlechtergerechtigkeit/Feminismus

Die verschiedenen geschlechtlichen Identitäten der Menschen, werden durch die traditionelle binäre Geschlechterordnung (Männer/Frauen) nicht erfasst. Unser Blickpunkt richtet sich auf alle Menschen, die in unserer männerdominierten, patriarchalen Gesellschaft wegen ihres Geschlechts Gewalt, Diskriminierung und Unterdrückung erfahren – also auf alle FLINTA*s. Eine andere Welt verlangt auf allen Ebenen nach Gerechtigkeit. Geschlechtergerechtigkeit ist deshalb bei Attac ein wichtiges Thema.

9.1 Was ist das Problem?

Ein grundlegendes Element unserer kapitalistischen Gesellschaft sind patriarchale, geschlechtshierarchische Strukturen, also die Vormachtstellung von Männern. Diese hat unter anderem zur Folge, dass weiblich gelesenen Menschen die Zuständigkeit für die Sorgearbeit, für die unbezahlte Arbeit im Haushalt und für die meist schlecht entlohnte, wenig angesehene professionelle Care-Arbeit als angeblich naturbestimmt zugeschrieben wird. Diese gesellschaftlichen Strukturen haben auch Folgen für Entlohnung und Arbeitsbedingungen in anderen Berufen. Frauen verdienen oft deutlich weniger als Männer und arbeiten häufiger in untergeordneten Positionen.

Da FLINTA*s bereits wegen ihres Geschlechts gesellschaftliche Nachteile bis hin zu sexueller Belästigung und Gewalt erfahren, sind sie oft einer mehrfachen Diskriminierung ausgesetzt, etwa aufgrund von Rassismus, ihrer sozialen Stellung, wegen einer Behinderung oder des Alters.

Weltweit sind FLINTA*s von den negativen Auswirkungen der kapitalistischen Globalisierung besonders betroffen, etwa durch die Klimakrise, in Kriegen, durch Ausbeutung in internationalen Lieferketten und anderes. Ihre Erfahrungen und Handlungsperspektiven werden im politischen Prozess jedoch oft nicht gehört. Patriarchale und heteronormative Strukturen sind tief in unserer Gesellschaft verankert. Auch homosexuelle Männer werden wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert, in manchen Staaten verfolgt und teilweise mit dem Tode bedroht.

Die weltweiten feministischen Kämpfe gegen patriarchale Strukturen sind unverzichtbarer Teil unserer Bewegung. Die körperliche und sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s wird immer wieder infrage gestellt, etwa durch körperliche Gewalt bis hin zu Femiziden als extremster Form patriarchaler Machtdemonstration. Ebenso ist sexuelle Belästigung eine Form von Gewalt, bei der es auch um die Demonstration von Macht geht.

Die Verweigerung des Rechts auf die selbstbestimmte Entscheidung für ein Kind oder einen Schwangerschaftsabbruch ist eine weitere Machtdemonstration: Männer beanspruchen, über die Körper von Frauen zu bestimmen. Dabei wird – insbesondere in rechten Kreisen – oft das Ziel verfolgt, eine reaktionäre Bevölkerungspolitik durchzusetzen.

9.2 Was will Attac?

Alle Menschen sollten körperlich und sexuell gleichberechtigt und selbstbestimmt leben können. Wir streiten für eine Welt, in der „Geschlecht“ keine relevante Kategorie für Lebenschancen, soziale und finanzielle Sicherheit, gesellschaftliche Rollen und Normen ist. Für ein Miteinander, in dem alle Geschlechter gleichberechtigt an den politischen und ökonomischen Entscheidungsprozessen teilnehmen und Verantwortung für Sorgearbeit sowie reproduktive Arbeit tragen – weltweit!

Wir streben eine Gesellschaft an, die nicht auf Profitsteigerung und Wachstum beruht, und in der keine Person mehr diskriminiert oder unterdrückt wird, weder aufgrund der geschlechtlichen Identität noch aufgrund der sexuellen Orientierung.

9.3 Wofür setzen wir uns deshalb ein?

Der Kampf für die Rechte der FLINTA* schließt immer auch einen Kampf gegen kapitalistische Strukturen mit ein. Der Weg in eine geschlechtergerechte Gesellschaft geht über eine grundlegende sozial-ökologische Transformation.

Überproportionale Lohnerhöhungen in typischen Frauenberufen, Quotierung und eine an Interessen von FLINTA*s orientierte Sozialpolitik sind jedoch Möglichkeiten, kurzfristig materielle Verbesserungen und mehr individuelle Lebenschancen für FLINTA* zu erreichen. Die Arbeitsbelastung, insbesondere im Care-Bereich, muss sinken, zum Beispiel durch geringere Gruppengrößen und das Recht auf zusätzliche freie Tage als Ausgleich für Arbeitstage mit erhöhter Belastung.

Es gibt verschiedene internationale Konventionen und Gesetzesvorschläge auf nationaler Ebene, um sexuelle Selbstbestimmung von FLINTA*s durchzusetzen. Attac engagiert sich zum Beispiel für die Umsetzung der „Istanbul-Konvention“, einem Abkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, auch von häuslicher Gewalt. Zentral für uns ist auch die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch sowie ein Selbstbestimmungsgesetz, das die Forderungen von intersexuellen, nicht-binären, trans und agender Personen nach dem Ende von Diskriminierung und Bevormundung einlöst.

Die Sorgearbeit und die Erwerbsarbeit muss gleichberechtigt auf alle Geschlechter aufgeteilt werden. Diese Forderung bedingt eine radikale Arbeitszeitverkürzung – jede Person sollte Zeit für Care-Arbeit haben – und eine erhebliche Aufstockung der Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitsbereich.

Patriarchale Strukturen beinhalten einen systematischen Charakter von geschlechtsbasierter Diskriminierung. Dies betrifft zum Beispiel auch Männer, die (etwa als Erzieher in einem Kindergarten) als weiblich definierte Rollen einnehmen und es betrifft Männer, die sich nicht trauen, über eigene Schwäche(n) zu reden und um Hilfe zu bitten. Es liegt also auch im Interesse von Männern, patriarchale Strukturen zu überwinden. Allerdings sind die Vorteile und Privilegien für viele Männer weiterhin so attraktiv, dass sie bereitwillig und aktiv für die Aufrechterhaltung des Patriarchats agieren. Dies machen sich gerade Rechtsradikale zunutze. Es gibt jedoch auch immer mehr Männer, die solidarisch mit FLINTA*s für Gleichberechtigung kämpfen.

In Attac achten wir zum Beispiel durch Quotierung und Awareness-Strukturen darauf, dass Menschen nicht aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt werden. Das FLINTA*Plenum bietet die Möglichkeit zur eigenständigen Organisation. Wir denken Feminismus global und lernen unter anderem von den feministischen Streiks in Lateinamerika und in vielen Ländern Europas, mit denen durch eine befristete Niederlegung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit gegen Femizide, Gewalt und für eine Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Systems gekämpft wird.

Epilog: Eine andere Welt ist nötig und möglich

Wie könnte eine andere Welt in 20 Jahren aussehen? Die widerständige Praxis sozialer Bewegungen und breiter Schichten der Zivilgesellschaft haben in großen Teilen der Welt die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten einer emanzipatorischen, sozialen und ökologischen Politik verschoben. Die weltweite Militarisierung ist gestoppt. Zivile Konfliktlösungen haben nun Vorrang vor kriegerischen Auseinandersetzungen.

Dies ist nicht in einem großen Wurf geschehen, sondern indem widerständige Akteure zum Beispiel mit Streiks und Blockaden, intensiver Bündnisarbeit und breiter Unterstützung der Zivilgesellschaft beharrlich viele kleine und große Veränderungen an unterschiedlichen Orten durchgesetzt haben. Diese vielen Veränderungen haben insgesamt zu einer Transformation der Globalisierung geführt. Es wurden Spielräume eröffnet, die es ermöglichen, staatliche und internationale Institutionen und Gesellschaften zu demokratisieren, die sozialen Rechte der Menschen deutlich zu stärken und Profitstreben und Wachstumszwang zurückzudrängen. Die Anhäufung unverschämter hoher Vermögen wird weltweit geächtet. Dieser Transformationsprozess hat es auch ermöglicht, die Finanzmärkte restriktiv zu regulieren. Die sozial-ökologische Transformation ist weit fortgeschritten und die globalen Verhältnisse haben sich so stark verändert, dass der Kolonialismus als überwunden gilt. Alle Menschen haben weltweit ein freies Bewegungs- und Aufenthaltsrecht. Das Patriarchat ist Schnee von gestern, das sexuelle Selbstbestimmungsrecht für alle Geschlechter verwirklicht.

Umfassende Steuer- und Sozialreformen zur Umverteilung von oben nach unten, zur sozialen Absicherung und gegen eine zerstörerische Klimapolitik sind durchgesetzt. Parallel wurde ein Demokratisierungsschub ausgelöst, der sich nicht nur auf die Gesellschaft, sondern auch auf die Wirtschaft erstreckt. Die Vergesellschaftung von Unternehmen, die uns mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen versorgen und die gesellschaftliche Grundbedürfnisse, wie Gesundheit, Bildung, Wohnen und Mobilität erfüllen, ist weitgehend abgeschlossen. Gewählte, regionale Wirtschaftsräte und die Beschäftigten in Betrieben und Verwaltungen haben jetzt erweiterte Mitbestimmungsrechte. Gemeinsam mit den Nutzer*innen bestimmen sie darüber, welche Güter hergestellt, welche Dienstleistungen angeboten werden. Dadurch ist deren Auswahl nicht mehr in erster Linie am Profit, sondern am menschlichen Bedarf und Gemeinwohl orientiert und Wachstum ist nicht mehr oberstes Ziel des Wirtschaftens. Dies führt auch zur verringerten Herstellung schädlicher und unnützer Produkte.

Die globalen Handelsbeziehungen, die lange von postkolonialen Machtverhältnissen geprägt waren, wurden grundlegend verändert. Sie sind heute gerecht gestaltet, Schulden wurden erlassen. Dies ermöglicht eine selbstbestimmte Entwicklung der arm gemachten Länder des Südens.

Die Rechte der Natur sind in Verfassungen geschützt und anerkannt. Indigene Gemeinschaften sind vielerorts Vorbild für all jene Gesellschaften, die bisher Natur nur als ausnutzbare Ressource sahen.

Güter werden inzwischen überwiegend in energieeffizienten und ressourcenschonenden, regionalen Wirtschaftskreisläufen und unter Anwendung von Recyclingverfahren produziert. Die Regionalisierung verringert den Transportbedarf, verkürzt die Wege zu Arbeit, Bildung und Freizeit und erleichtert die Schaffung einer nachhaltigen Mobilität.

Die vielen emanzipatorischen Projekte, ihre Praktiken, Organisationsformen und Forderungen finden heute ihren Ausdruck in vielfältigen, solidarischen Lebenszusammenhängen und prägen verstärkt auch das Zusammenleben in der gesellschaftlichen Mitte. Dem Nährboden rechtsradikaler und faschistischer Strömungen konnte dadurch weitgehend der Boden entzogen werden. Die Hierarchisierung von Menschen nach Klasse, Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft und Pass hat an Bedeutung verloren und verschwindet zusehends.

Gesellschaftliche Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Wohnen, Bildung und Mobilität wurden dem Markt und Profitstreben entzogen und gemeinwohlorientiert organisiert. Dadurch wird Arbeit völlig anders bewertet: Ihr gesellschaftlicher Wert steht jetzt im Vordergrund. Care-Arbeit hat so die Aufwertung erhalten, die sie in humanen Gesellschaften braucht.

Die weltweiten, aber regional durchaus unterschiedlichen Transformationsprozesse haben die neoliberale Form der Globalisierung mit ihren katastrophalen sozialen und klimatischen Auswirkungen zurückgedrängt. Profiterzielung spielt immer weniger eine Rolle, ist aber längst nicht ganz überwunden. Viele der eingetretenen Klimafolgen sind irreversibel, eine weitere Verschärfung der Situation konnte aber verhindert werden. Armut ist überwunden, und weitere Naturzerstörung gestoppt.

Nach wie vor gibt es in den einzelnen Gesellschaften, aber auch zwischen diesen unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse. Allerdings werden die Interessen inzwischen in herrschaftsfreien demokratischen Prozessen ausgehandelt und nicht mehr machtpolitisch oder militärisch durchgesetzt.

Wir sehen: Der gemeinsame Kampf lohnt sich, denn eine andere Welt ist nötig und möglich!